



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 17. Ratssitzung vom 28. September 2022

696. 2022/201

### Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Derek Richter (SVP) vom 18.05.2022: Ausrüstung eines Anteils der geplanten Parkplätze bei künftigen Bauprojekten mit Elektro-Ladestationen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

**Samuel Balsiger (SVP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 106/2022): *Trotz Energiekrise und drohendem Blackout gibt es in der Stadt Zürich mehr und mehr Elektroautos. Um dieser Realität gerecht zu werden, sollen bei Bauprojekten der Stadt in Kooperation mit privaten Anbietern Ladestationen für Elektroautos gebaut werden. Sie sollten diesen Vorstoss unterstützen, da anstelle von Elektroautos sonst mehr Autos mit Benzin und Diesel verkehren werden.*

**Michael Schmid (AL)** begründet den namens der AL-Fraktion am 8. Juni 2022 gestellten Textänderungsantrag: *Prinzipiell sind wir auch der Meinung, dass der verbleibende Rest des notwendigen Autoverkehrs am besten mit elektrischem Antrieb abgewickelt wird. Wir haben aber einige Verbesserungsvorschläge für das Postulat. Statt «Bauprojekten» soll im ersten Satz «Hochbauprojekten» stehen. Bei Tiefbauprojekten wie Strassensanierungen soll diese Bestimmung nicht zur Anwendung kommen. Bei der Debatte zum Verkehrsrichtplan ist man bereits zum Schluss gekommen, dass Ladestationen auf privaten Grund gehören. Im zweiten Satz steht: «Die entsprechenden Parkplätze sollen nicht E-Autos vorbehalten sein.» Damit die Infrastruktur ideal genutzt werden kann und Anreize, auf E-Mobilität umzusteigen, bestehen bleiben, soll dieser Satz gestrichen werden. Auch, dass private Anbieter bevorzugt werden, soll weggelassen werden. Statt den darauffolgenden Sätzen «Sollte sich die Stadt am Bau beteiligen, sollen die zusätzlichen Kosten mit den üblich vorhandenen Baureserven aufgefangen werden. Während des Betriebs soll der bezogene Strom nicht durch die öffentliche Hand und auch nicht durch städtische Genossenschaften bezahlt werden» schlagen wir folgende klare Formulierung vor: «Die Bau- und Instandhaltungskosten sowie die bezogene Energie sollen vollständig durch die Nutzungsgebühren gedeckt werden.»*

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei laufenden und zukünftigen ~~Bauprojekten~~ Hochbauprojekten, bei denen die Stadt Zürich Bauherrin ist, ein Teil der geplanten Parkplätze mit Elektro-Ladestationen ausgerüstet werden kann.

~~Die entsprechenden Parkplätze sollen nicht E-Autos vorbehalten sein. Beim Bau und Betrieb der Elektro-Ladestationen sollen vorrangig private Anbieter berücksichtigt werden. Sollte sich die Stadt am Bau beteiligen, sollen die zusätzlichen Kosten mit den üblich vorhandenen Baureserven aufgefangen werden. Während des Betriebs soll der bezogene Strom in jedem Fall nicht durch die öffentliche Hand und auch nicht durch städtische Genossenschaften bezahlt werden. Die Bau- und Instandhaltungskosten sowie die bezogene Energie sollen vollständig durch die Nutzungsgebühren gedeckt werden.~~



Weitere Wortmeldungen:

**Patrick Hässig (GLP)** stellt folgenden Textänderungsantrag: Vorwärtsmachen in der Elektromobilität – das liegt ganz in GLP-Manier. Trotzdem beantragen wir eine kleine Textänderung und zwar die Streichung des folgenden Satzes: «Die entsprechenden Parkplätze sollen nicht E-Autos vorbehalten sein.» Der Satz beisst sich mit dem guten Grundgedanken des Postulats. Um Anreize für die Elektromobilität zu schaffen, sollen die Parkplätze mit Ladestationen auch den Besitzerinnen und Besitzern von E-Autos zur Verfügung stehen und nicht von anderen Autos besetzt werden. Sollte die Textänderung nicht angenommen werden, wird die GLP-Fraktion das Postulat ablehnen.

**Severin Meier (SP):** Auch wir unterstützen den Ausbau der E-Mobilität. Gleichzeitig ist sie nicht die Lösung für alle verkehrspolitischen Probleme in der Stadt Zürich. Am wichtigsten ist ein massiver Abbau des motorisierten Individualverkehrs (MIV). Dies tangiert auch E-Autos. Dem Postulat der SVP können wir daher nur mit der Textänderung der AL zustimmen. Besonders störend ist das Wort «Bauprojekte» im Postulat. Darin sind auch Strassenbauten enthalten. Wir möchten eine schnelle Umsetzung der Velorouteninitiative, genug Platz für Fussgängerinnen und Fussgänger sowie genug Platz für den öffentlichen Verkehr (ÖV). Werden bei Strassenprojekten E-Ladestationen hinzugefügt, werden diese Parkplätze jahrelang bestehen bleiben. Das möchten wir verhindern. Auch sollen gewisse Parkplätze durchaus E-Autos vorbehalten sein. Beim Bau und Betrieb sollen private Anbieter berücksichtigt werden, es soll aber geprüft werden, was je nach Projekt zielführend ist. Auch die Kostendeckung wird im Antrag der AL klarer dargestellt, weswegen wir ihren Textänderungsantrag unterstützen. Der Vorschlag der GLP spricht nur eines dieser vier Probleme an.

**Samuel Balsiger (SVP)** ist mit der Textänderung von Patrick Hässig (GLP) einverstanden, lehnt jedoch die Textänderung von Michael Schmid (AL) ab: Der rot-grüne Stadtrat wird die Umsetzung so gestalten können, wie sich dies die rot-grünen Mitglieder des Gemeinderats vorstellen. Geben Sie sich deshalb einen Rück. Es geht um E-Autos und Sie sagen selber, dass Sie einen Teil der Autos elektrifizieren wollen. Sie können doch nicht Nein zu Ladestationen sagen, bei denen die Stadt Bauherrin ist. Die Textänderung der AL lehnen wir ab, die Textänderung der GLP nehmen wir an.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei laufenden und zukünftigen Bauprojekten, bei denen die Stadt Zürich Bauherrin ist, ein Teil der geplanten Parkplätze mit Elektro-Ladestationen ausgerüstet werden kann.

~~Die entsprechenden Parkplätze sollen nicht E-Autos vorbehalten sein.~~ Beim Bau und Betrieb der Elektro-Ladestationen sollen vorrangig private Anbieter berücksichtigt werden. Sollte sich die Stadt am Bau beteiligen, sollen die zusätzlichen Kosten mit den üblich vorhandenen Baureserven aufgefangen werden. Während des Betriebs soll der bezogene Strom in jedem Fall nicht durch die öffentliche Hand und auch nicht durch städtische Genossenschaften bezahlt werden.



3 / 3

Das geänderte Postulat wird mit 56 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat